

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 26, Klaus-Groth-Straße 1, 1. Stod
Fernsprecher: Nordsee 6248

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11698

Aufruf für die Neuwahl der Betriebsvertretungen im Jahre 1925.

Jährlich sind auch im Jahre 1925 die Neuwahlen der Betriebsräte einheitlich nach den Richtlinien der unteren Spitzenverbände in den Monaten Februar, März und April durchzuführen.

Die Ortsausschüsse des ADGB und den Ortsausschüssen des Afa-Bundes ist zu diesem Zweck ein Termin immer, an dem alle Betriebsvertretungen die Wahl des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht haben, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den beteiligten Gewerkschaften.

Betriebsvertretungen, die im Laufe des Januar 1924 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit der Wahlen durchzuführen; maßgebend sind § 23 beziehungsweise § 42/43 BRG. Betriebsvertretungen, die erst im Jahre 1925 gebildet worden sind, legen nicht nieder, sondern im Amt. Ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, die besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1924 stattgefunden haben. Hierbei ist eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen (z. B. Reichsbahn usw.) handeln nur nach den Weisungen der Gewerkschaften; für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht. Diese Anweisungen sind genau zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiter nicht vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Neuwahlen sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922. Unsere Mitteilungen weisen auf die Bekanntmachungen in Nr. 4 des „Maler“.) Hiernach ist genau zu verfahren. Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen dienenden Formulare sind enthalten in dem allgemein bekannten Kommentar von Platon, Seite 278 ff. Diese Formulare hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen. (Vgl. § 22 der Wahlordnung zum BRG.)

Es ist mehr frisch ans Werk! Schwere Zeiten des Widerstandes, der Inflation und der Kämpfe um höhere und kürzere Arbeitszeit liegen hinter uns, neue Kämpfe stehen uns bevor.

Die Ursache der Arbeiterbewegung muß es sein, daß kein Arbeiter für den eine Betriebsvertretung zuständig ist, ohne die Rechte der Arbeiter und deren Interessen zu wahren und zu sichern. Die Neuwahlen der Gewerkschaften der noch nicht den Gewerkschaften angehörigen Arbeiter und Angestellten ausgenutzt werden. Die starke Gewerkschaften kann keine Betriebsvertretung bilden und ohne starke Gewerkschaften überhaupt keinen Kollektivismus und Arbeiterrechte.

Die starke Gewerkschaften gewährleisten die Rechte der Arbeiter. Die Unternehmer sind im Werke. Ihre Presse veranstaltet Umfragen über die Durchführung der Betriebsräte. Das Ergebnis ist eine Verhöhnung der Betriebsräte, denn die Unternehmer stellen behaupten, daß die Betriebsräte sich nicht für den Profit der Arbeiter gebrauchen ließen. Aber die Unternehmer sind hartnäckig.

Die Ursache und herrsche ist ihre Parole. Sie wollen die Betriebsvereinbarung und die Werksgemeinschaft, die Gewerkschaften und die Tarifverträge zu zerbrechen diese Zwecke glauben die Unternehmer die Betriebsräte gebrauchen zu können.

Es ist ihnen noch nicht gelungen und das werden auch nicht gelingen. Die kommunistische Propaganda wie überall so auch hier den Unternehmern gegenüber; die kommunistische Betriebszellenpolitik kommt den Unternehmern entgegen, wie ja immer die Kommunisten durch die Zerstückelung der Einheit der Arbeiter und die Unternehmungsgeschäfte besorgen. Diesen

beiderseitigen Angriffen müssen die Arbeiter und die Angestellten die Parole: **Einigkeit macht stark!** entgegenstellen.

Die Betriebsräte neuwahlen 1925 müssen unter dem Zeichen der freigewerkschaftlichen Ziele und Forderungen stehen. In diesem Jahre finden die Gewerkschaftskongresse des Afa-Bundes und ADGB statt, die Betriebsvertretungen und die Belegschaften aller Betriebe müssen hinter diesen Kongressen stehen, alle Arbeiter und alle Angestellten müssen den freien Gewerkschaften angehören.

An die Arbeit! Die Betriebsvertretungen neuwahlen 1925 müssen unter der Parole: **Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften!** geführt werden.

Berlin, den 1. Februar 1925.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB).
Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa-Bund).

Die Kämpfe des Alltags

Warten auf uns, sie werden uns nicht erspart und müssen ausgefochten werden. Es tut aber not, uns rechtzeitig auf die Bedeutung unserer Tätigkeit zu besinnen, wenn wir Anspruch darauf erheben, im Dienste großer Ideen zu stehen und nicht nur gegenwärtige Interessen zu vertreten, so wichtig diese auch sein mögen.

Was sind die Anklagen unserer Gegner?
Wir sind die Marginalisten.

Gegen die Sozialisten wurde ein „heiliger Krieg“ eröffnet, der unter dem Banner „Kampf gegen den Marxismus“ geführt wird. Der bürgerliche Wissenschaftler tut den Marxismus mit einem verächtlichen Lächeln ab als eine überlebte Lehre, die der „wirklichen Wissenschaft“ nicht bestehen kann. Der Materialphilister wirft uns unsern „Materialismus“ vor. Sollen wir uns verteidigen?

Wir möchten nur einige Sätze niederschreiben, die vor kurzem aus der Feder Professor Josef Schumpeters im „Österreichischen Volkswirt“ erschienen sind. Professor Schumpeter war früher österreichischer Finanzminister, ist heute Vizepräsident und ein führender bürgerlicher Gelehrter — kein Sozialist, noch weniger ein Marxist. Seine politische Haltung war immer schwankend. Niemand aber wird seine Autorität auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Zweifel ziehen. In der Tat wird er, was theoretischen Scharfsinn und Kenntnisse anbelangt, von keinem Volkswirtschaftler unserer Tage überboten. Und dieser bürgerliche Professor schreibt über den Marxismus die folgenden Sätze: „Das Bestehen der marxistischen Lehre als einer Gesamtauffassung und Kulturbildung und eines daraus scheinbar oder wirklich fließenden Programms gibt unserm Sozialismus eine kulturelle und intellektuelle Würde, die das Geistesleben unserer Zeit nicht missen könnte.“ „Der wissenschaftliche Charakter dieser Lehre ist zweifellos, gleichgültig, wie man über die Richtigkeit oder Falschheit einzelner Elemente oder auch der Gesamtauffassung urteilen mag.“ „Ueber die Größe der Linien dieser Lehre ist kein Wort zu verlieren.“ „Die Tendenz nach dem sozialistischen Gesellschaftszustand würde ich anders begründen, als Marx es tat, aber ich glaube sie ebenfalls zu sehen.“ Ueber den „Materialismus“ der marxistischen Lehre sagt aber Schumpeter:

„Mit Materialismus hat die marxistische Lehre nicht das geringste zu tun. Ihrem Wesen nach ist sie philosophisch-gleichgültig, insbesondere mit jeder beliebigen religiösen Überzeugung vereinbar. Ihren tatsächlichen philosophischen Verwandtheiten nach steht und stand sie stets im Umkreis des deutschen Idealismus, heute bei Max Adler genau so, wie seinerzeit bei Marx. Der wenig glückliche Ausdruck „Materialistische Gesellschaftsauffassung“ ist schuld an dem Mißverständnis, das immer wiederkehrt. Allein die Geschichtstheorie von Marx, die erste wissenschaftliche Theorie des historischen Geschehens und sowohl als Methode wie als System auch heute noch wertvoller, als selbst manche Anhänger in Anspruch nehmen, ist nicht materialistischer als jeder andere wissenschaftliche Gedankengang. Sie behauptet weder, daß das wissenschaftliche Eigeninteresse das beherrschende Motiv des Menschen sei, oder gar sein sollte, noch auch, daß sich der Sinn des Lebens oder Geschehens im Wirtschaftlichen erschöpfe, sondern nur, daß die menschliche Denkweise und die soziale Entwicklung ihre zureichende Erklärung in den wirtschaftlichen Verhältnissen finden, von ihnen geformt werden — was etwas ganz anderes ist.“

Man wirft uns den „Klassenkampf“ vor. Auf dem Kongress des Vereins für Sozialpolitik haben Werner Sombart und seine Anhänger den Sozialismus wegen seiner Klassenkampflehre als einen ideen- und wertlosen Anflug bezeichnet. Sollen uns diese Angriffe irremachen?

Sie sind zunächst unwissenschaftlich. Das Bestehen der Klassen ist doch eine Tatsache, die nicht weggeleugnet werden kann, wenn sich auch die Klassenbildung nicht so einfach vollzieht, wie der vulgäre Marxismus es meinen würde. Und der Klassenkampf wird geführt; er ist eine soziale Wirklichkeit, in England, wo man vom Klassenkampf nicht redet, ebensogut wie in andern Ländern. „Was die englischen Labour-Führer meinen, wenn sie den Klassenkampf ablehnen“ — sagt Schumpeter in dem erwähnten Aufsatz — „ist gar nicht die ihnen meist unbekannt urprüngliche Bedeutung dieses Begriffes, sondern lediglich die zornvolle Kampfstellung unseres Sozialismus, die ihnen nicht recht verständlich ist.“ Der Klassenkampf wird dem Klassen, vor allem dem Proletariat, allein schon durch die Tatsache des Kapitalismus aufgedrängt. Was aber die Idee und den moralischen Wert des Klassenkampfes anlangt, so wird dieser nicht als Selbstzweck, sondern im Dienste einer großen Idee geführt; er empfängt seinen Sinn und seine Bedeutung von einer großen Aufgabe, und das ist die Schaffung einer neuen und besseren Gesellschaftsordnung.

Unsere Gegner behaupten, wir vertreten Sonderinteressen, während sie im Namen und für die „Gemeinschaft“ handeln. Wir möchten darauf mit den Sätzen des Privatdozenten Eduard Heimann aus seiner in der Zeitschrift „Neuwerk“ erschienenen Studie antworten. Dort führt Dr. Heimann sehr treffend aus: „Heute sind wir schon so weit, daß das Wort „Gemeinschaft“, das vor 15 bis 20 Jahren als ein Kampfwort gegen diese gemeinschaftslose, gemeinschaftsfeindliche Zeit aufgefunden ist, zu einem Kampfmittel der herrschenden Schichten und des herrschenden Geistes gemacht wird. Im Namen der Gemeinschaft wird von den unterworfenen Schichten verlangt, sich völlig in ihr Schicksal zu ergeben, weil die arbeitsteilige Organisation der Wirtschaft ein ungeförktes Zusammenwirken aller erfordert.“

„Auf derselben Linie liegt es, wenn die Berufsgruppen in einem steigenden Maß als Stände bezeichnet werden. Stand heißt die Berufsgruppe, insofern sie tatsächlich im Geiste der Gemeinschaft, als ihr dienend oder von ihr getragen, handelt. Es ist ein Mißbrauch, als Stand eine Berufsgruppe zu bezeichnen, die zwar äußerlich die gleichen Tätigkeiten ausüben mag wie jene, aber im entgegengesetzten Geiste, mit dem Willen zu Genuß und Herrschaft auf Kosten der andern Gruppen oder Schichten. Wir haben heute kein „ständisches Volk“, sondern eine „Klassengesellschaft“, wenn wir als Klasse die Interessentengruppe im Klassenkampf bezeichnen. Wenn dann verlangt wird, daß das Volk sich der Herrschaft der führenden Klassen beuge, so wird im Namen der Gemeinschaft die Unterwerfung unter eine Willkürherrschaft gefordert.“

Auf den Teil unserer Gegner, der aus Eigeninteresse uns feindlich gegenübersteht, werden unsere Argumente keinen Eindruck machen. Vor allem aber haben wir uns selbst gegenüber die Pflicht, so gut wir von der Richtigkeit unserer Grundanschauungen und Handlungen überzeugt sind, diese immer wieder zu prüfen und zu verbessern.

Wir dürfen den Marxismus nicht zum verfeinerten Dogma werden lassen, sondern müssen bestrebt sein, dessen Irrtümer oder die durch die neuen Tatsachen bedingten Veränderungen, gehörig zu berücksichtigen. Dabei wird uns die richtige Handhabung der marxistischen Methode selbst das beste Mittel sein.

Den Klassenkampf, der im Kapitalismus einmal da ist, und — selbst wenn wir wollten — nicht aus der Welt geschafft werden kann, dürfen wir nie als Selbstzweck, sondern immer nur im Hinblick auf das zu verfolgende Ziel, als ein unvermeidliches Mittel zur Erreichung dieses Zieles führen. Tun wir dies, so wird ihm kein kleinlicher, gehässiger Charakter, sein feindlicher Zug genommen; er wird dann im Dienste der Ideen höherer Ordnung stehen.

Wir müssen das Bewußtsein der „Gemeinschaft“ sowohl in unserm Kreise wie auch außerhalb desselben pflegen und dürfen nie aus dem Auge verlieren, daß unsere Bewegung für alle Menschen innerhalb der nationalen Volksgemeinschaft und außerhalb derselben für die Erhebung der Gesellschaft auf eine höhere Stufe geführt wird. Unser Mitleid allen Leidenden und Unterdrückten gegenüber darf nicht verfliegen, allen gegenüber, die die schwere Last der unermüdbaren Arbeit zu tragen haben.

Kulturträger müssen wir sein, nicht nur im Sinne der Vermittlung von Kenntnissen, sondern als Wecker und Aufer zu höheren Zwecken, zur Verbesserung und Vervollkommnung unserer eigenen Klasse, ebenso wie des ganzen Volkes und der ganzen Menschheit.

Nur auf diese Weise, durch das lebendige Streben nach höheren Ideen, nach einer höheren Geistigkeit und Veredelung unserer Gefühle, wird auch unser Alltagskampf einen höheren Wert erhalten. So werden auch unsere Einzelaktionen für die Arbeitslosen, für kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen durch das Band der gemeinsamen Gesinnung und des gemeinsam erstrebten Zieles eine höhere Einheit gewinnen.
A. H.

Berufsberatung.

Alljährlich verlassen Jungen und Mädchen zu Hunderttausenden die Schule. Ihre Eltern stehen dann vor der langen Frage: Was soll unser Junge oder Mädchen werden? In unserem verwickelten Berufs- und Wirtschaftsleben ist es den Eltern ohne fremde Hilfe in den meisten Fällen einfach unmöglich, für ihre Kinder den rechten Beruf, den rechten Arbeitsplatz zu finden. Die meisten Arbeiten spielen sich heute hinter hohen Mauern ab; so kommt es, daß die Mehrzahl der zur Schulentlassung kommenden Kinder — und das trifft besonders für die Jungen zu — den von ihnen erwählten Beruf nur vom Hörensagen kennen. Kommen die Jungen dann in die Lehre, so sind sie vielfach enttäuscht; sie versuchen dann, ihren Lehrplatz zu wechseln. Wie schwer ein solcher Wechsel fällt, wie oft ein verfehlter Beruf der Beginn einer verfehlten Lebensführung ist, wird mir jeder besäftigte, der einmal ernsthaft über diese Dinge oder auch seinen eigenen Lebensweg nachgedacht hat. Hier soll die Berufsberatung helfen. Schon in der Schule wird im sogenannten berufswissenschaftlichen Unterricht versucht, den Jungen und Mädchen einen Überblick über die Arbeit und deren Zielsetzung zu geben. Berufsfilme bilden eine wertvolle Ergänzung dieses Unterrichts. Sodann führt die Berufsberatung im letzten Schuljahr die zur Entlassung kommenden Jungen und Mädchen durch heimische Betriebe und Werkstätten. Dadurch erhalten die Kinder einen Einblick in die Arbeit, sie sind dadurch ganz anders als früher für die Berufswahl vorbereitet.

Mit der Aufklärung der Kinder ist es nun aber allein nicht getan. Auch den Eltern muß der nötige Überblick über Berufs- und Arbeitsfragen gegeben werden. Zu diesem Zwecke veranstaltet das Berufsamt in Harburg alljährlich im Herbst Elternabende, wo Sachleute über die Anforderungen und Aussichten in den verschiedenen Berufen und Arbeitsarten sprechen. Lichtbilder unterstützen diese Vortragsabende, ebenso Berufsbesprechungen in den Zeitungen. Nachdem die Berufswahl in dieser Art vorbereitet ist, kommen dann die Eltern mit ihren Kindern zur Berufsberatung. Gemeinsam werden mit dem Berufsberater noch einmal die Gründe des Jungen für seinen Berufswunsch besprochen, auch wird der Junge ärztlich untersucht. Wenn dann in einer besonderen Eignungsprüfung, die in den meisten größeren Berufsämtern vorgenommen wird, die Eignung für den erwählten Beruf festgestellt ist, erhält der Junge durch das Amt eine passende Lehrstelle.

Oft wollen die Jungen einen Beruf erlernen oder an einen Arbeitsplatz gehen, für den sie sich nicht eignen. So ist es unnützlich, wenn ein tuberkulöser Junge Friseur, ein farbenblinder Schüler Maler, ein Junge aus der dritten Klasse der Volksschule Kaufmann, ein geistig begabter Junge ungelerner Arbeiter werden möchte. Jeder Volksschüler gehört eben in einen Beruf, in den er seinen Geschicknissen und seiner körperlichen Verfassung nach gehört, in dem er sich entwickeln kann. Das Berufsamt hilft aber kann nur dann zum Wohle der Jugend und zum Nutzen aller arbeiten, wenn jeder einzelne dazu beiträgt.

Auch jeder Leser dieser Zeilen kann diese Arbeit fördern, wenn er einmal nach reiflicher Überlegung seine Stellungnahme zur Berufs- und Arbeitsfrage kundtun würde. Das haben auf unsere Bitte hin in Harburg auch schon viele Gewerbeschüler, Arbeiter, Angestellte und Hand-

werker getan. Solche Auskünfte sind dem Berufsberater von großem Nutzen. Denn er kann Vätern und Müttern über die vielen Berufe und Arbeitsarten nur dann eine erschöpfende und sichere Auskunft geben, wenn er genau unterrichtet ist. Deshalb richte ich an alle Mitglieder des Malerverbandes die Bitte, soweit sie dazu in der Lage sind und bei dem guten Werke mithelfen wollen, möglichst eingehend schriftlich die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Welchen Beruf erlernten Sie?
2. Wie viele Jahre haben Sie ihn ausgeübt?
3. Erlernten Sie den Beruf, den Sie während Ihrer Kindheit zu erlernen wünschten?
4. Wenn Sie die Frage mit „Nein“ beantworten müssen, dann geben Sie bitte an, welchen Beruf Sie eigentlich früher erlernen wollten?
5. Welches sind die Vorzüge Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was macht Ihnen Ihren Beruf, Ihre Arbeit lieb und wert?
6. Welches sind die Schattenseiten Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was ist in Ihrem Beruf, in Ihrer Arbeit weniger angenehm?

Jeder, der diese Fragen einwandfrei, wahrheitsgemäß und erschöpfend beantwortet, hilft der so wichtigen Berufsberatung ein Stück weiter. Alle Auskünfte bitte ich zu richten an das Berufsamt in Harburg a. d. Elbe, Brückenstraße 17. Dieses Berufsamt wird dafür sorgen, daß das eingehende Material auch den übrigen deutschen Berufsberatungsstellen übermittelt wird. Ich bitte nochmals um rege Beteiligung an der Beantwortung der von mir gestellten Fragen. Vielleicht organisieren die einzelnen Filialen oder die Bezirksleitungen die Sache in der Weise, daß sie einzelne befragte Kollegen aus den verschiedenen Berufsgruppen (Maler, Radierer, Tüncher, Weißbinder) mit der Beantwortung der Fragen beauftragen. Dadurch käme, wenn auch nicht gerade besonders zahlreiches, so doch aber gutes Material zusammen.

Hermann Bues, Harburg a. d. Elbe.

Das Resultat unseres Preisausschreibens für ein Ehrendiplom.

Die Beteiligung an unserm Preisausschreiben zur Erlangung geeigneter künstlerischer Entwürfe für ein Ehrendiplom an Kollegen, die zur Zeit des 40jährigen Bestehens unserer Organisation auf eine mehr als dreißigjährige andauernde Mitgliedschaft zurückblicken können, hat einer großen Zahl unserer Kollegen und Kunstgewerbetler Gelegenheit gegeben, ihre fachliche Leistungsfähigkeit zu erproben und in den Dienst unseres Verbandes zu stellen.

Das Preisrichterkollegium zur Beurteilung der eingegangenen Entwürfe trat am 14. Januar dieses Jahres unter dem Vorsitz des Direktors der Staatlichen Kunstgewerbeschule zu Hamburg, Herrn Professor Meyer, und unter Beisitz des graphischen Oberlehrers der Kunstgewerbeschule, Herrn Helms, des Gewerbeschullehrers Herrn Heinemann, des Geschäftsführers der Hamburger Malereigesellschaft, Herrn Junge, und der Kollegen Streine, Marx und Thomen zusammen. Die über die Sitzung des Preisgerichts angefertigte Niederschrift hat folgenden Wortlaut:

Eingegangen sind 65 Entwürfe; davon sind zwei Arbeiten zurückgezogen, und zwar die das Motto

tragenden Arbeiten „Fähnlein“ und „Im Dienst Farbe“.

Nach der ersten Besichtigung wurden 28 Entwürfe ausgeschieden, nach der zweiten Besichtigung 20 Arbeiten, so daß insgesamt 6 Arbeiten für den Wettbewerb verblieben. Nach eingehender Besprechung ist das Preisrichterkollegium sich darüber einig, daß besonders hervorragende Arbeit, die mit dem Preise von 300 M. ausgezeichnet werden könnte, vorhanden ist. Infolgedessen beschließt das Kolle die Preise anderweitig festzusetzen und folgenden auszuwerfen: 1. Für die Arbeit mit dem Motto „Fähnlein“ 200 M., 2. „Lotterie“ 150, 3. „Fähnlein“ 100, 4. „Kollektion“ 100, 5. „Kleinchen“ 100, 6. „Blau“ ausammen 800 M.

Sämtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Die 6 Preisräger sind H. Gröschner, H. B. ner, A. Ungeler, Hamburg; R. W. Frankfurt a. M., G. Fähnichen und R. D. mann, Hamburg.

Der Verbandsvorstand hat außerdem die mit dem Motto: Veteran, Pioniere, Profit Grün-Gold, Vorwärts, Lord Goleon der Kollegen: Kirchmann, Bremen; Billy Nibel, Dresden; Weidmüller, Frankfurt a. M.; August Niesch, Kassel; Franz Petru, München; Siegfried J. Nürnberg; Düren, Fähnlein, Im Dienst der Farbe, Mann und H. Heinemann, Hamburg, zum Vorgehen.

Die Entwürfe waren Sonntag, 25. Januar, im Hamburger Gewerkschaftshaus öffentlich ausgestellt und mehr als 500 Besuchern, darunter in der Mehrzahl unsern Kollegen, besichtigt worden. Die vielseitigen der zugrunde gelegten Idee und der angewandten sehr verschiedenartigen Leistungen erweckten großes Interesse und naturgemäß sehr voneinander abweichende Beurteilung. Jedenfalls wird ein Teil der ausgelegten und angekauften Entwürfe in unserm vom 1. April erscheinenden Fachblatt zum Abdruck kommen.

Zur Ausführung ist der Entwurf mit dem „Fähnlein“ von H. Gröschner bestimmt worden. Länger als 25 Jahre organisierten Kollegen wird ein solches Diplom aus den Entwürfen übergeben die außer Wettbewerb standen.

Allen, die durch Beteiligung an unserm Wettbewerb beigetragen haben, sei hierdurch der beste Dank gesagt.

Gesundheitsgefahren der Lackiererinnen

Ist schon die Tätigkeit unserer männlichen Kollegen in den Lackierereien der verschiedensten Art im Hinblick auf den Gesundheitszustand abträglich, wenn nicht äußerst gute Arbeitsräume, günstige Bedingungen und einwandfreie Rohstoffe in Betracht kommen, so ist die Gesundheit der weiblichen Kollegen in Lackierereien selbst bei weitestgehender Vorkehrung zweifellos sehr stark gefährdet. Davon zeugt augenfällig das Schreiben des Gewerbeaufsichtsamtes zu Dresden an die Firma G. L. Müller:

„Ueber die auf Grund mehrfach gedruckter über bestimmte Beschwerden und angeblich häufiger Krankmeldungen vorgenommene ärztliche Untersuchung der Lackiererinnen, Schwarz- und Sprachtelschle-

Innere Verbandsfragen.

Aus den einzelnen bedeutungsvollen Entwicklungsschritten unseres Organisationslebens können wir feststellen, daß jede ihr besonderes Gepräge aufwies. Die Zeit der Gründung unseres Verbandes weist einen andern Grundzug auf als die einzelnen Perioden ihrer späteren Entwicklung. Fragen, um die früher scharf herumgestritten wurde, haben längst eine Regelung gefunden, die jetzt als selbstverständlich betrachtet wird.

In früheren Zeiten waren im Handwerk die Gegensätze zwischen Meistern und Gehilfen nicht so scharf hervor, die Arbeit war dauernder, die Existenz eine gesicherte; dazu kam, daß ein großer Teil der Gesellen damit rechnen konnte, später selbst als Meister das erlernte Handwerk ausüben zu können. Anders lagen die Verhältnisse mit dem Aufkommen und der stetigen Entfaltung der Industrie. Da trugen die Maßnahmen der kapitalistischen Parteien und Regierungen gegen die junge Arbeiterbewegung, das Sozialistengesetz, die Umsturzvorlage, all die unzähligen, heillosen Schikane der Vereinsgesetze und sonstiger polizeilicher Verordnungen, die die Gründer und Bekämpfer unserer Organisationen aus eigenen Leibe zu würgen begannen, hauptsächlich mit dazu bei, daß bei uns geschickte Arbeiter und Unternehmer, zwischen der Staatsgewalt und den freien Arbeiterverbänden die Gegensätze sich immer mehr verschärfen mußten. Solange die heimliche Reduktionsweise besteht, jeder Unternehmer dadurch geschützt, inwiefern die Arbeiter aus der Arbeitskraft des Arbeiters herauszuziehen, jeder Arbeiter gezwungen ist, wenn er sich nicht selbst und seine Familie schützen will, dem Einkommen zu verbessern, wird der notwendige Klassenkampf fortwährend; aber die Interessen, unter denen diese Kämpfe ausgetragen werden müssen, brauchen nicht unbedingt die schärfsten zu sein, sie können auch anders geführt werden. Das liegt aber nicht an den Lebensbedingungen, das liegt hauptsächlich am Unternehmer, an den Regierungen, an der Gesetzgebung. Mit Recht werden die Arbeiter, als die wirtschaftlich Schwächeren, Schutz vor den Stärkeren, solange ihnen dieser vorerhalten wird, auch darum gekämpft werden. Jeder organisierte Arbeiter, der sich zum Klassenbewußtsein durchgerungen hat, wird sich dieses selbstverständliche Recht nicht verheimlichen lassen.

Die Anstreicherfrage.

Ueber die Frage, wer dem Verband als Mitglied beitreten kann, haben sowohl auf den ersten Malerkongressen als auch innerhalb der Kollegienzeit lebhafteste Debatten stattgefunden. Ein Teil der Kollegen vertrat den Standpunkt, daß nur gelehrte Fachkollegen in den Verband als Mitglieder aufgenommen werden dürfen, während der überwiegende Teil energisch die Ansicht vertrat, daß alle im Beruf Tätigen das Recht und die Pflicht hätten, sich der Berufsorganisation anzuschließen. In den Sitzungen der allgemeinen deutschen Arbeitervereins der Maler, Radierer und Vergolder vom Jahre 1868 scheint die Anstreicherfrage, so wie ungelernete Arbeiter in Frage kommen, keine besondere Rolle gespielt zu haben. In Hamburg, wo die Sitzungen gedruckt und wohl auch ausgearbeitet worden sind, rechnete man — wie es bis heute noch geschieht — alle mit Farbe und Pinsel tätigen Personen zum Malergewerbe zugehörig. Es heißt darum auch im § 2:

Mitglied kann jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Kleinmeister, jede Kleinmeisterin aus nachfolgenden Gewerben sein, als: Stuben-, Zimmer-, Plafond- oder Dekorationsmaler; Kouloung-, Flaggen-, Schilder- und Wappmaler; Glas-, Porzellan-, Galanteriewaren- und Kupfermaler; Koloristen, Zeichner aller Art; Holz- und Marmorarbeiter; Schiffsmaler; Anstreicher; Weißbinder; Tüncher und Stuckateure; Wagen-, Blech-, Mobiliens- und sonstige Radierer; Vergolder (Rahmen- und Reistenarbeiter usw.), Goldschläger, Photographen, Kopisten und Retouchure; Fußbodenbohrer. — Weiblich sind andere Personen zum Eintritt, so sind sie nur mit Genehmigung des Präsidiums und des Ausschusses aufnahmefähig. Entziehen Zweifel darüber, ob jemand als Arbeiter oder Kleinmeister zu betrachten ist, so entscheiden gleichfalls das Präsidium und der Ausschuss.

Dem Malerkongress in Leipzig 1877 lagen zur Statutenberatung mehrere Anträge vor dahingehend, daß auch den Werkstatthaltern, Anstreichern, Tünchern usw. der Beitritt in den Verband gestattet sei. Die Frage wurde zum Schluß dahin entschieden, daß folgender Satz in das Statut aufgenommen wurde: „Mitglied kann jeder Maler, Radierer, Vergolder und verwandter Berufsgenosse werden.“

Auf dem Dresdner Kongress im Jahre 1884 war die erste Beratung dem Titel des zu begründenden Verbandes gewidmet. Nach eingehender Aussprache gelangte man zu dem Titel: „Verband der Maler und ver-

wandten Berufsgenossen Deutschlands.“ Scharf kamen zuvor die Meinungsverschiedenheiten, die den verschiedenen Gegenden eigentümlichen Verfassungen und Bräuche in unserm Beruf zurückzuführen sind, zum Ausdruck. So wollten die beiden Berliner Vertreter die Berufsorganisation „gestrichen“ wissen und verlangte die Ausschließung der Anstreicher aus dem Verband. Der Vertreter der rheinisch-westfälischen Orte machte geltend, daß in seiner Heimat sich Berufsorganisationen als Maler mindestens ebensoviel, mitunter mehr als in manchen „Maler“ im übrigen Deutschland „Anstreicher“ bezeichnen und auch allgemein so genannt würden. Man könne diese doch nicht ausschließen, wenn man Leute in die Organisation aufnehme, die vom nichts weiter aufzuweisen hätten als den Titel, anderer Seite wieder wurde hervorgehoben, daß die große Zahl von Arbeitern im Malerberufe, die besonders in Berlin die Konkurrenz unter den Berufsgenossen seien, die Löhne herabdrückten und schließlich die Korruption des Berufs förderten. Gegen diesen Uebelstand müsse der Verband der Kollegenschaft wirken. Dem dürfe man aber nicht von vornherein diejenigen ausschließen, die keinen Lehrbrief aufweisen können. Genug tüchtige Berufsorganisationen, auf Meister- und Gehilfen, die sich ohne Lehre zum geschickten Arbeiter gerungen hätten. Außerdem käme aber noch in Betracht, daß eine Berufsorganisation der Maler ihren moralischen Einfluß auf alle diejenigen Kräfte geltend machen würde, die überhaupt in unserm Gewerbe tätig sind. Dieser Einfluß sei von vornherein ausgeschlossen, wenn man in Frage kommenden Anstreichern feindlich gegenüber sei.

Diese vom Standpunkt eines aufgeklärten Anstreichers für unser Gewerbe allein richtige Ansicht kam denn auch Geltung und war grundlegend für späterhin, wo irgend einem Orte in einer Versammlung die Anstreicherfrage angeschnitten wurde. Bemerkte man aber auch, daß schon damals auf dem Dresdner Kongress einige Delegierten betonten, vor allem den einflussreichen „Malerkollegen“ fallen zu lassen; dem sei immer ein großes Hindernis der Entwicklung kollegialen Geistes und einer erspriechlichen Vereinigung aller Kollegen zum Zwecke der Förderung ihrer Interessen gewesen. Die Redner waren der festen Überzeugung, nach Gründung eines Verbandes die Kollegen jedes einzelnen dazugehörigen Ortes schon Liebe genug für gemeinsame Sache besitzen würden, um die Verbände zu fördern und dann auch nur solchen Fachgenossen in die Organisation Aufnahme zu gewähren, die mit dafür einzutreten gewillt sind.

Haupt- und Zweigbetriebes ist Ihnen nach einer Prüfung der Feststellungen folgendes mitzuteilen:

Gesundheitschädigungen ernster Art, für die eine mittle Verursachung ausschließlich verantwortlich gemacht werden könnte, waren nicht festzustellen, jedoch läßt sich aus den subjektiven Klagen und objektiven Symptomen ein gewisser Eindruck des Gesamtkräfte- und Gesundheitszustandes der Untersuchten auf eine für Frauen anstrengende Arbeit schließen.

Im Vordergrund stehen unter anderem Klagen über Leidsbeschwerden, Schmerzen im Rücken und Kniegelenk und besonders große Abgespanntheit nach der Arbeit.

Die ausgeführten Blutuntersuchungen ergaben zum Teil eine Verminderung des Blutfarbstoffes (Blutarmut), worauf schon die mäßig durchbluteten roten Schleimhäute und die blassere Gesichtsfarbe der untersuchten Personen hindeutete. Auch ist eine an der Körperliche Arbeit mit Beeinträchtigung des Kreislaufes sowie große Blutarmut als mitwirkender Faktor bei dem Entstehen gewisser Unterkrankheiten anzuspüren. Die Schmerzen im Kniegelenk und Rücken sind auf eine erhöhte Inanspruchnahme bestimmter Nerven- und Muskelgruppen, die besondere Arbeit zurzuführen und pflegen, längerer Gewohnheit an die Tätigkeit bei muskelanstrengenden Menschen zu verweisen. Da der Spächel in ganz geringen Mengen enthält, ist die Verwendung dieses Materials nicht zu verwenden. Es wird Ihnen daher im Anschluß an die Besichtigung vom 21. November mitgeteilt, daß sich die Beschaffung von Zahnbürsten und besonderer Gläser ergibt.

Die werden nun auf Grund des ärztlichen Befundes in die Arbeit zurückzuführen. In der Linie der Arbeiterinnen dieser 3 Abteilungen — in der Linie der Polierinnen — zur Erhaltung des Kräftezustandes und der Erhöhung der Widerstandsfähigkeit ist im Besonderen zur Verfügung zu stellen, wobei 1/2 Liter pro Tag als auch in anderen Betrieben übliche und ausübende Quantum angesehen wird.

Außerdem wird Ihnen vorgeschlagen, Neueinstellungen in den betreffenden Abteilungen in Zukunft nur nach abgegangener Untersuchung durch Ihren Fabrikarzt vorzunehmen, wobei allgemeine schwächliche Konstitution, große Blutarmut, Bauchoperationen, Brüche, Unterkrankungen (zum Beispiel Senkungsercheinungen) die Aufnahme dieser Arbeit sprechen. Diese Untersuchungen, die auch in anderen Betrieben mit Erfolg durchgeführt werden, dürften sowohl im Interesse der Gesundheit der Arbeiterinnen als auch der Produktion liegen, da dadurch ein häufiger Wechsel einzelner Kräfte und häufige Erkrankungen besser werden können.

Der betreffende Arbeitsraum Ihres Zweigbetriebes, in dem ausgeprochene sonnige Lage angeblich zu einer Verbesserung der Arbeit beitragen würde, ist für diese Arbeit günstiger zu veranschaulichen.

Zuletzt dankt das Gewerbeaufsichtsamt der Betriebsleitung und Betriebsvertretung für die freundliche Unterstützung bei der Vornahme der Untersuchung, die auch als Tag zu medizinisch-wissenschaftlichen und beruflichen Untersuchungen von Interesse sein wird.

Die zu dem Schreiben eingehender Stellung nehmen, möchten wir nur bemerken, daß uns der Hinweis auf die Ueberflüssigkeit der Beschaffung von Zahnbürsten und besonderer Gläser nicht unbedingt nötig ist. Selbst wenn in dem verwendeten Spächel kein Silber enthalten wäre — was aber nicht einmal behauptet werden dürfte — wäre es doch wirklich nicht schlimm, wenn die Welt-El Müller einige Zahnbürsten und Wassergläser erhalten würde. Zudem kommt es aber nach der Neuordnung gar nicht einmal auf die Menge der arbeiteten Gläser an, so daß das Gewerbeaufsichtsamt zu der beobachteten Rücksichtnahme nicht einmündigt ist.

Lackierer.

Ausperrung im Karosseriewerk Daimler, Sindelfingen. Schon volle 8 Wochen dauert die Ausperrung im Karosseriewerk Daimler, und es besteht noch keine Aussicht, daß die Firma gewillt ist, die berechtigten Forderungen der Gewerkschaft zu bewilligen. Die Arbeiter sind deshalb gezwungen worden, weil sie nicht gewillt waren, zu arbeiten als ihre Kollegen in den übrigen Karosseriebetrieben und dadurch zu Lohnrückständen gezwungen. Die Gewerkschaft forderte nur die Zahlung der Löhne, die in den übrigen Betrieben schon länger gezahlt wurden; dafür setzte man die Arbeiter auf die Straße, um zu arbeiten zu machen. Die Brutalität der Daimler ist auch den Arbeitern bekannt, und sie haben geglaubt, es verstehen, als organisierte Gewerkschaft den unpopulären Kampf zu führen; denn heute nach 8 Wochen stehen sie noch genau so geschlossen da wie am ersten Tag und sie werden den Kampf nicht eher abbrechen, bis die berechtigten Forderungen erfüllt sind. Von unseren Kollegen stehen alle im Kampfe, die alle reiflos sind. Kollegen, sorgt dafür, daß in allen Betrieben eine solche Geschlossenheit hergestellt wird, um in ähnlichen Situationen gewappnet zu sein; denn es ist die Voraussetzung für den Erfolg eines Kampfes, daß jeder Kollege in der Organisation angehört. Hier gilt in erster Linie: Die Gewerkschaft macht stark. Wenn Kollegen, die nach Stuttgart ziehen, keinen Schaden erleiden wollen, müssen sie sich bei der Filialverwaltung in Stuttgart erkundigen, ob Differenzen beigelegt sind oder nicht.

Eingefandt.

Aus Essen wird uns berichtet: Die Aufforderung des Verbandsorgans „Der Maler“, zur Dezemberwahl demokratisch zu wählen, hat ausgerechnet bei den Kommunisten verschmupft, die die „Neutralität“ gewahrt wissen

wollten. Es sei mir gestattet, noch einmal kurz unserer organisierten Kollegschaft die Wichtigkeit und Wichtigkeit der Aufforderung, sozialdemokratisch zu wählen, vor Augen zu führen. Der Bürgerblock mit der jetzigen Rechtsregierung ist wahrhaftig der greifbarste Beweis. Die zünftigen Gegner der jungen Republik, die schlimmsten Feinde jedes Fortschritts sind wieder an die Stelle gekommen, an der sie leider jahrzehntlang vor dem Kriege schon gesessen haben, und zwar mit Hilfe der 45 untätigen, zum Reichstag gewählten Kommunisten. Wie viele unserer alten Kämpfer würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie sähen, wie nur durch das Verhalten der kommunistischen Reichstagsfraktion, die angeblich Arbeiterinteressen vertreten will, es möglich wurde, das reaktionäre Junkertum und die Vertreter der Schwerindustrie wieder in den Sattel kommen zu lassen. Wäre der Aufforderung an die Arbeiter und Angestellten, sozialdemokratisch zu wählen, restlos Folge geleistet worden, wäre bei 178 Sozialisten mit den anderen republikanischen Parteien eine starke Linksmehrheit gesichert gewesen. So aber kommen die 3 Millionen kommunistischer Stimmen mit 45 Abgeordneten bei deren passiven Haltung einzig und allein dem nationalen Kabinettsmitglied zugute. Nun sagen die Kommunisten, daß es für sie gleichgültig sei, ob eine Rechts- oder Linksregierung bestehe. Warum bleiben sie dann nicht gleich ganz zu Hause? Was eine Regierung mit deutschnationalem Einschlag bedeutet, sollte eigentlich jeder wissen, der vor dem Kriege die Augen offen hatte: Rüstung, Soldatenspieler, Dreiklassenwahlrecht, Herrenhaus, Absolutismus, Unterdrückung und Anbelung der Arbeiterklasse, als Gesamtsache: Krieg, Arbeitslosigkeit, Krieg und Zusammenbruch. Aus diesem Zusammenbruch entstand nun die neue Republik, der Macht und Gewalt der Siegerstaaten ausgeliefert, eine Republik, die zunächst Zeit, Ruhe und Erholung bedarf, um zur sozialen Republik zu kommen. Wenn nun gegenwärtig im deutschen Volke noch die Voraussetzung einer sozialen Republik fehlt, muß man sich eben mit 2 Tatsachen abfinden, entweder mit einem großen oder einem kleinen Uebel, einer Rechts- oder einer Linksregierung. Daß den Kommunisten eine englische Arbeiterregierung Macdonald lieber war als eine konservative Arbeiterregierung Baldwin und eine französische Regierung Poincaré lieber als eine Regierung Poincaré, ist zweifelsohne. Soll nun aber in Deutschland wirklich kein Unterschied zwischen Rechts- und Linksblock sein? Die Kommunisten mögen einmal aus ihrem stillen Kämmerlein keine Würdegrube machen und die 45 allein auf weiter Flur stehen lassen, weil sie ja doch nicht die deutschen Arbeiterinteressen vertreten, sondern nur den Befehl ihrer Zentrale in Moskau ausführen: „Keine praktische Arbeit leisten“. Erfreulich ist schon, daß ein großer Teil Arbeiter der Aufforderung Folge geleistet hat; sind doch manchen die Augen aufgegangen, die am 4. Mai auf die großen Versprechungen hereingefallen sind und erleben mußten, daß statt praktischer Mitarbeit außer Anflug überhaupt nichts zugunsten der breiten Volksmassen geleistet worden ist. Meinte doch mit Recht hier in einer Wählerversammlung vor dem 7. Dezember ein junger Kommunist, der inzwischen umgelernt hat, daß man dann auch Kinder in den Reichstag schicken könne, um auf Hindertrompeten zu blasen. Ebenso lehrreich ist das Verhalten der Kommunisten im sächsischen und thüringischen Landtag. Statt praktisch mitzuarbeiten, überließ man auch dort der Reaktion die Herrschaft, die schleunigst alles das zerstörte und wieder abbaute, was einer Linksmehrheit in hiesiger Arbeit und Ausdauer aufzubauen und durchzuführen gelungen war.

Aus unserm Beruf.

Widderheim. (Jahresbericht.) Zu Anfang des abgelaufenen Geschäftsjahres machten sich die Folgen der Inflation in den Verwaltungsarbeiten noch sehr bemerkbar. Die erste Aufgabe des neuen Vorstandes mußte sein, dafür zu sorgen, die Beitragskassierung zu regeln. Dies ist auch gelungen, indem die Kollegen die rückständigen Beiträge nachzahlten. Eine Lehrlingsabteilung ins Leben zu rufen, wird die Aufgabe im laufenden Jahre sein. Die im Juni veranstaltete Herbstwoche führte uns einige neue Mitglieder zu. Im Ortsrat hatten wir uns mit einem Malermeister in 2 Fällen zu beschäftigen, und zwar handelte es sich um zubielt abgezogene Beiträge zur Krankenversicherung und unberechtigte Entlassung ohne Ferienvergütung. In beiden Fällen gelang es unsern Vertretern, die Rechte der Kollegen zu sichern. Die Veranstaltungen anderer Korporationen am Orte, an denen die Mitglieder der Filiale sich zahlreich beteiligten, sowie unsere eigenen, sind zur vollsten Zufriedenheit der Teilnehmer verlaufen. Zur Weiterbildung der Kollegen auf sachlichem Gebiete steht ihnen die Münchener Malerzeitung „Die Wappe“ zur Verfügung. Auch in diesem Jahre konnten zwei unserer rührigsten Kollegen, Heinrich Offenlopp und Ernst Grote auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken; beiden wurde der besondere Dank der Filiale ausgesprochen. Wenn nun auch im verflossenen Jahre nicht alle Ziele verwirklicht werden konnten, so ist doch eine Stabilität in unsern ganzen Verhältnissen nicht zu verkennen, auf die gestützt wir im neuen Jahre mit frischem Mut für die Ziele des Verbandes zum Wohle unserer Kollegschaft weiterarbeiten wollen.

Bremer Arbeiterkammerwahlen.

Da die auf Grund des Artikels 165 der Reichsverfassung vorgesehenen „Bezirkswirtschaftsräte“ noch nicht geschaffen sind, hat vorläufig der Freistaat Bremen — bisher als einziger — mit Beschluß vom 17. Juli 1921 neben einer Angestelltenkammer auch eine „Arbeiterkammer“ errichtet. Deren Aufgabekreis soll bestehen in der Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der bremischen Arbeiterschaft. Sie ist berufen, auf alles, was den Arbeitern wirtschaftlich dienlich sein kann, ihr Augenmerk zu richten, darüber zu beraten und dem Senat auf seinen Antrag oder auch unaufgefordert gutachtlich zu berichten, wie auch die ihr zur Förderung ihrer Aufgaben angemessenen scheinenden Maßnahmen bei den zuständigen Behörden zu beantragen. Ueber alle die Arbeitsverhältnisse betreffenden Gesetze wird vor deren Erlass die

Kammer zu einem Gutachten veranlaßt. Die Erörterung von politischen Angelegenheiten soll nicht zu den Aufgaben der Kammer gehören.

Die Arbeiterkammer besteht aus 90 Mitgliedern, die von den bremischen Arbeitern in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundzügen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Kammer wird auf 3 Jahre gewählt.

Am 18. Januar dieses Jahres war die Arbeiterkammer neu zu wählen. Die Vorarbeiten zu diesen Wahlen wurden bereits vor 3 Monaten vom Ortsausschuß in Angriff genommen. Auf Grund der Satzungen des ADGB ist den Ortsausschüssen die Pflicht auferlegt, zu allen Wahlen, bei denen es sich um die Vertretung von Arbeiterinteressen handelt, die erforderlichen Vorarbeiten zu treffen. Unser Filialvorstand wurde wie alle übrigen Berufsverbände durch den Ortsausschuß aufgefordert, in einer Mitgliederversammlung Vorschläge für Kandidaten zur Neuwahl der Arbeiterkammer zu machen.

In unserer im Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung fand dieser Punkt auf der Tagesordnung. Unser bisheriger Vertreter in der Arbeiterkammer verzichtete auf eine Wiederwahl. Aus der Versammlung heraus wurden nur 2 Vorschläge gemacht, doch auch diese beiden Kollegen verzichteten. Daß sie der kommunistischen Partei als Mitglied angehörten, kam für die Versammlung gar nicht in Betracht. Daraufhin wurde ein anderes Mitglied bestimmt.

Bis zum 6. Januar mußten die Vorschläge zur Arbeiterkammerwahl beim Wahlausschuß eingereicht sein. An diesem Tage wurde erst bekannt, daß auch eine Liste von der kommunistischen Partei eingereicht war. Nun stellte es sich heraus, daß auf dieser Liste unsere beiden Mitglieder, die in unserer Versammlung eine Kandidatur auf der gewerkschaftlichen Liste abgelehnt hatten, an 18. und 27. Stelle aufgeführt waren. Die am 7. Januar tagende Vorstandssitzung nahm zu diesem Vorkommnis Stellung und beschloß einstimmig, auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung als besonderes Punkt den Ausschluß dieser beiden Kollegen zu stellen, weil sie auf einer gewerkschaftlich gegnerischen Liste kandidierten. Die Mitgliederversammlung am 10. Januar beschloß auch mit Zweidrittelmehrheit den Ausschluß aus dem Verbande. Dabei sei bemerkt, daß kein einziger Redner sich gefunden hat, der das Verhalten dieser beiden Kollegen billigte. In der Annahme jedoch, daß diese beiden Kollegen der Tragweite ihrer Handlungen sich nicht bewußt waren, nahm die Versammlung einen Zusatzantrag an, daß der Ausschluß nicht erfolgen soll, wenn sie noch vor dem Wahltag ihre Kandidatur von der gegnerischen Liste zurückzögen.

Inzwischen wurde in der kommunistischen Presse ein wüster Kampf gegen die Gewerkschaftsliste geführt. Alle hier aufgeführten Kandidaten wurden samt und sonders als Arbeiterverräter bezeichnet, die Gewerkschaften als solche wurden bezichtigt, daß sie bei Streiks den Streikbruch zur gewerkschaftlichen Pflicht stempelten usw.

Die am 18. Januar stattgefundenen Wahl ergab, daß von der gewerkschaftlichen Liste 28 Vertreter, darunter 1 Maler, von der kommunistischen Liste 6 Vertreter, aber kein Maler, und von der christlichen Liste ein Vertreter gewählt worden waren.

Nun war der Beschluß unserer Mitgliederversammlung vom 10. Januar über den Ausschluß für einen Kollegen gegenstandslos, da er seine Kandidatur von der kommunistischen Liste zurückgezogen hatte. Der andere, der gegen den Beschluß unserer Versammlung handelte, hatte sich eigentlich von selbst ausgeschlossen. Trotzdem dieser Kollege glaubte, den Majoritätsbeschluß unserer Versammlung mit Füßen treten zu können, fand er noch den Mut, sich beim Verbandsvorstand über seinen Ausschluß zu beschweren und auf Grund des § 8 Nummer 7 die Einsetzung eines Schiedsgerichts zu beantragen. Dem hat der Verbandsvorstand Rechnung getragen. Am 24. Januar tagte das Schiedsgericht und beschloß, daß der Ausschluß des Antragstellers aus dem Verband zu Recht erfolgt ist.

Dieser Vorgang zeigt wiederum zur Genüge, daß von der kommunistischen Partei mit einer ganz bestimmten Absicht die Gewerkschaften dazu gedrängt werden sollen, in ihren Organisationen größte Disziplinlosigkeit zu dulden, bei ihr dagegen gibt es nur unbedingten Kadavergehorsam. Jedenfalls zeigt der ganze Vorgang mit größter Deutlichkeit, daß das Gerübe der kommunistischen Partei über die von ihr erstrebte Einheitsfront schlimmste Dummheit ist. Nur gut, daß die Arbeiterschaft dies in fortgesetzt steigendem Maße erkennt.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Berliner Malerinnung beschloß in ihrer Versammlung am 13. Januar, daß vom 6. Januar 1925 an für die Malerlehrlinge wöchentlich folgende Sätze bezahlt werden müssen:

Im 1. Lehrjahre ... 6,- M. | Im 3. Lehrjahre ... 9,- M.

„ 2. „ ... 7,50 „ | „ 4. „ ... 12,50 „

Der Gauverband für Brandenburg vom Reichsbund des deutschen Malergewerbes hält vom 4. bis 6. März in Eberswalde seine Tagung ab, mit der auch eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten verbunden ist. Unter anderem wird auch über die Neugestaltung der Lehrlingsausbildung referiert werden. Hoffentlich wird dabei die Frage, ob die Wiedereinführung des 4. Lehrjahres berechtigt und die Entschädigungsfrage der Malerlehrlinge den Teuerungsverhältnissen entsprechend baldigst allgemein zu regeln sei, wenn das Gewerbe auf einen tüchtigen Nachwuchs Gewicht legt, nicht in den Hintergrund gestellt.

Gewerkschaftliches.

Tarifverhandlungen im Baugewerbe. Bekanntlich besteht für das Baugewerbe seit dem vorigen Jahre kein Tarifverhältnis mehr. Nun hatte der Reichsarbeitsminister am 20. Januar die beiderseitigen Organisationsvertreter zu

